

Die USA vor
der Präsidentschaftswahl

Vom Vorwahlkampf in die entscheidende Phase: Obama gegen Romney

Christian Hacke

Monatelang lieferten sich die republikanischen Herausforderer von Präsident Obama einen erbitterten Vorwahlkampf. Diese Schlammschlacht zwischen den vier Bewerbern Mitt Romney, Rick Santorum, Newt Gingrich und Ron Paul wurde von den Medien deshalb flugs zum „konservativen Bürgerkrieg“ stilisiert. Ein Einfallstor für die negative Breitenwirkung bilden die „Super-Pacs“, die wahlpolitischen Geldmaschinen, die die Kandidaten unterstützen und bei denen Multimilliardäre und erkonservative Männer wie Sheldon Adelson das Sagen haben. Anders als normale Spendschecks – bis zu 2500 US-Dollar an einen Kandidaten – dürfen die sogenannten „Pacs“ mit schier unbegrenztem Finanzeinsatz für ihre Kandidaten Werbung machen. „Negativ-Werbung“ bedeutet nichts anderes, als dass die Mitbewerber – vorzugsweise in Fernsehspots – als „Verräter“, „Blutsauger“ oder „Verschwender“ denunziert werden.

Angesichts dieser und anderer Verunglimpfungen verwundert es nicht, dass sich selbst die Präsidentengattin von George Bush senior, Barbara Bush, von diesem innerparteilichen Gezänk auf unterem Niveau abgestoßen fühlt. Doch seitdem sich abzeichnet, dass Mitt Romney, der Favorit des Parteiestablishments, zum Präsidentschaftskandidaten gekürt wird, beginnt die entscheidende Phase des Wahlkampfes zwischen Präsident Obama und seinem designierten Herausforderer Mitt Romney. Doch im Gegensatz zu seinem Vater, der wegen seines

aufgeklärten Konservatismus noch heute in der Grand Old Party (GOP) großes Ansehen genießt, gilt Mitt Romney als Meister des „Flip-Flop“, der seine Meinung ändert, wenn ihm dies opportun erscheint.

Es erstaunt deshalb wenig, wenn Romney nach den innerparteilichen Blessuren nicht nur darum bemüht ist, die aufgeheizte Stimmung in der Partei zu dämpfen und die GOP wieder in Form zu bringen, sondern er möchte am liebsten vergessen machen, dass er die Vorwahlen nur gewinnen konnte, weil er – „Flip“ – dem Druck der extremen Rechten und der Evangelikalen nachgab und nun – „Flop“ – als gemäßigter Reformpolitiker erscheinen möchte. Denn nur als ein gemäßigter und auf Ausgleich bedachter Präsidentschaftskandidat kann er die Mehrheit der Wähler gewinnen.

Wie wird Romney in den kommenden Monaten auftreten? Wird er den Negativ-Wahlkampf gegenüber Präsident Obama fortsetzen oder politische Sachalternativen präsentieren?

Romney muss sich wandeln

Vor allem versucht er, Präsident Obama für die unbefriedigende ökonomische Entwicklung verantwortlich zu machen. Doch sollte sich die amerikanische Wirtschaft deutlich positiver als bisher erholen, dann wird Romneys Argument, nur er könne die Finanz- und Wirtschaftslage wieder stabilisieren und mehr Menschen in Brot und Lohn bringen, ins Leere laufen. Nur wenn die Wirtschaft weiter stag-

niert, kann er auf einen Stimmungsumschwung zu seinen Gunsten hoffen. Allerdings hegen viele Amerikaner Zweifel, ob Romney die drängenden sozialen Fragen lösen will, denn noch im Februar erklärte er: „Ich mache mir keine Sorgen um die Armen, denn wir haben ein soziales Sicherheitsnetz.“ Mit seiner Ankündigung, die Sozialausgaben noch weiter zu kürzen, bestätigte er sein Image des durchtriebenen Finanzmanagers, der für sein schnell verdientes Millionenvermögen nur fünfzehn Prozent Steuern zahlt und eine höhere „Reichensteuer“ strikt ablehnt. Wenn Romney nach wie vor die Interessen des Durchschnittsbürgers derart missachtet, dürften seine Chancen, ins Weiße Haus einzuziehen, weiter schwinden.

Das scheint er mittlerweile selbst erkannt zu haben. Deshalb bemüht er sich jetzt umso mehr, sein „unsoziales“ Profil wahlkampftaktisch zu veredeln. Weil er beim weiblichen Geschlecht wegen seiner „frauenfeindlichen“ Äußerungen in Sachen Verhütung besonders unbeliebt ist, strebt er hier nach Kurskorrektur. So erklärte er bei seinem Sieg über Rick Santorum am 3. April 2012: „Die Verletzlichsten wurden am schlimmsten getroffen: Über dreißig Prozent der alleinerziehenden Mütter leben in Armut.“ Ob ihm dieser Schwenk nützt oder als opportunistisch ausgelegt wird, bleibt abzuwarten. Doch zeichnet sich schon jetzt ab, dass beide Kontrahenten die Wahl im November als Richtungsentscheidung verstehen wollen.

Betonte Gegensätze ...

Wirtschaftspolitisch bedeutet dies: Die USA stehen vor der Wahl zwischen mehr sozialstaatlicher Gerechtigkeit oder marktwirtschaftlicher Freiheit. Die Wahlkampfmanager auf beiden Seiten sind natürlich bemüht, den Wahlkampf als „Showdown“ zwischen einem rechtsradikalen, volksfeindlichen und kapital-

hörigen Reaktionär auf der einen und einem linksradikalen, kirchenfeindlichen und unamerikanischen Sozialrevolutionär auf der anderen Seite darzustellen.

Obamas Kampf für mehr Gerechtigkeit und staatliche Eingriffe sowie für ein Ende der Steuererleichterungen für die Reichen erscheint dabei vielen unvereinbar mit Romneys Vision von mehr Freiheit, Dynamik und Wachstum. Obamas Modell wird von den Republikanern deshalb als unamerikanischer Weg zum „europäischen Sozialismus“ diskreditiert, während Obama umgekehrt Romneys Wirtschaftsmodell als „kalten Sozialdarwinismus“ darzustellen sucht.

Trotz aller Profilierungssucht auf beiden Seiten darf nicht übersehen werden, dass es auch ungewollte Gemeinsamkeiten gibt: Sowohl Präsident Obama als auch sein Herausforderer Romney werden als Präsident die Staatsschulden weiter in die Höhe treiben. Und wie die Wirtschaftspolitik *en détail* dann aussehen wird, bleibt derzeit auch den meisten Amerikanern unklar. Doch keiner der beiden Kontrahenten wird dem britischen Premierminister David Cameron nacheifern und den USA einen harten Sparkurs verordnen.

... in Schulden vereint

Hier allerdings liegt der Hase im Pfeffer: Egal, wer Präsident wird, Amerika wird noch auf Jahre hinaus auf ein nachhaltiges und zum Teil unpopuläres „nation building at home“ angewiesen sein, das den Menschen weiter hohe soziale Kosten aufbürden wird. Doch darüber verlieren die beiden Kontrahenten kaum ein Wort. So bleibt die wirtschaftspolitische Debatte verworren, weil beide sie populistisch führen und vielen drängenden Fragen ausweichen. Für den Wahlkampf bedeutet dies, dass der Wähler weiter mit wachsender Staatsverschuldung und mit anderen Ungereimtheiten rechnen muss.



*Der Präsidentschaftskandidat
der Republikaner
Mitt Romney
auf einer
Wahlkampfveranstaltung
in Charlotte, North Carolina,
am 18. April 2012.*

© picture-alliance/landov,
Foto: Nell Redmond

Zwar wird die Wahl im November primär durch innenpolitische Themen entschieden. Doch heißt das nicht, dass außenpolitische Fragen bedeutungslos wären. Angesichts der geschwächten Position der USA in der Welt und der mannigfaltigen Krisen könnten zu Wahlkampfzeiten auch ungeahnte außenpolitische Herausforderungen auftauchen. Sie müssten nicht nur von Präsident Obama gemeistert, sondern auch die außenpolitischen Qualitäten des republikanischen Kandidaten könnten dabei getestet werden.

Obamas außenpolitisches Geschick

Traditionell haben republikanische Präsidenten wie Richard Nixon, Ronald Reagan oder George Bush senior außenpolitisch ein höheres Ansehen genossen als Demokraten wie Lyndon B. Johnson, Jimmy Carter oder Bill Clinton. Erstere handeln in der Regel machtbewusster, durchsetzungsfähiger und erfolgreicher. Diesen „Platzvorteil“ haben Republikaner gerade im Präsidentschaftswahlkampf oft zum eigenen Vorteil nutzen können – doch nicht 2012. Heute hand-

habt der demokratische Präsident Obama die außenpolitische Agenda so souverän, dass dem republikanischen Herausforderer nur wenig Spielraum bleibt.

Präsident Obama übernahm nicht nur ein katastrophales außenpolitisches Erbe von seinem republikanischen Vorgänger George W. Bush, sondern es gelang ihm auch, während seiner Amtszeit Amerikas Ansehen in der Welt wiederherzustellen. Seine Erfolge können sich sehen lassen: Den Krieg gegen den Terror führt er intelligenter und erfolgreicher als sein Vorgänger. Bin Laden ist keine Bedrohung mehr, die amerikanischen Soldaten haben den Irak verlassen, aus Afghanistan ziehen sich die USA sukzessive zurück, sodass der Krieg aus amerikanischer Sicht bald beendet sein wird.

Mit Russland bemüht sich Obama – nicht nur bei nuklearer Abrüstung – um eine Verbesserung der Beziehungen. Gegenüber China erscheint seine Politik klug und geschmeidig. In Asien fassen die USA dank Obamas Initiativen wieder Fuß. Seine angekündigten Kürzungen des Militäretats sind maßvoll, sodass eine

globale Präsenz zur Unterfütterung des Weltmachtanspruchs militärisch gewährleistet bleibt.

Natürlich konnte Obama vieles nicht erreichen: Der Iran betreibt sein Abrüstungsprogramm weiter, der Atomstreit mit Nordkorea hält an, die Beziehungen zu China und Russland bleiben prekär und auf Dauer der Machtrivalität und dem Werte- und Interessengegensatz geschuldet. Die Arabellion kann nur begrenzt beeinflusst werden, der arabisch-israelische Konflikt bleibt ungelöst, aber in Libyen führte der Präsident die USA in einer neuen Rolle „vom Rücksitz aus“ und überließ den beiden europäischen Führungsmächten England und Frankreich die Hauptverantwortung. Diese neue Zurückhaltung ging auf, der Tyrann wurde gestürzt, wobei die Kosten für die USA gering blieben.

Obama sieht also die USA nicht im weltpolitischen Niedergang. Im Gegenteil, er hat viel geleistet, um Ansehen und Macht wiederherzustellen. Dabei hat er eine neue kooperative Diplomatie und ein Verständnis von „smarter“ Machtpolitik entwickelt, die sich wohltuend von der arroganten Attitüde seines Vorgängers abheben. Seine persönliche Integrität und seine kluge Führung haben dem amerikanischen Präsidenten in der Welt viel Zustimmung beschieden. Auch die Amerikaner sind mit seinen Leistungen und Entscheidungen weitgehend einverstanden. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass Barack Obama im Wahlkampf auch mit seinen außenpolitischen Erfolgen die Wählergunst zu beeinflussen sucht.

Dementsprechend tut sich Mitt Romney schwer, überzeugende Kritik oder gar Alternativen zu präsentieren. Erschwerend kommt für ihn hinzu, dass er so gut wie keine außenpolitischen Erfahrungen ins Feld führen kann. Auch scheint sein Interesse an der Weltpolitik gering. Deshalb wirken Romneys außen-

politische Aussagen recht klischeehaft, wie besonders seine Äußerungen über Europa und Frankreich zeigen. Im Übrigen gibt er sich gern martialisch. So fordert er eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben, ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber Russland und China, engere Beziehungen zu Israel sowie eine Verschärfung der Sanktionen und insgesamt eine härtere Gangart gegenüber dem Iran.

Eine ausgleichende Maklerrolle der USA im Nahen Osten kommt – konsequenterweise – für Romney nicht infrage. Stattdessen sucht er den totalen Schulterschluss mit Israel, wenn er erklärt, dass er sich ganz auf die Führung Israels verlässt. Einer der Favoriten für die Rolle des Vize-Präsidentenskandidaten Romneys, Marco Rubio, fordert sogar von den USA, dass sie ihre gesamte Nahostpolitik auf die Perspektive eines israelischen Militärschlages gegen den Iran einstellen sollten.

Angesichts der immer unnachgiebiger geforderten Militärschläge der Israelis gegen nukleare Forschungsanlagen des Iran muss man sich fragen, ob Romney die Gesamtinteressen der USA in der Region noch im Auge hat oder seine unkritische Haltung fast einer Einladung an Israel zum Angriff auf den Iran gleichkommt. Kommen dann nicht andere, aber ebenso wichtige Interessen der USA in der Region zu kurz oder werden sogar gefährdet? Romney geht offensichtlich dieses Risiko ein, denn ihm liegt viel daran, sich als starker, loyaler und entscheidungsfreudiger Außenpolitiker von Barack Obama abzuheben. Das ist nachvollziehbar. Aber unbedachte Kraftmeierei und Loyalität können fatale Folgen haben, ja können zum Ausbruch von Weltkriegen führen, wie die Nibelungentreue zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn 1914 gezeigt hat.

So erscheint es problematisch, wenn Romney in dieser brisanten Situation

Barack Obama dort als schwächlichen Präsidenten kritisiert, wo dieser durch Mahnung zur Zurückhaltung überzeugt. Der in Mitleidenschaft gezogene Weltmachtanspruch der USA hat eine Chance auf Erneuerung, aber eher, wenn er respektvoll, sensibel und geschmeidig formuliert wird und dabei offensichtlich kriegsbereite Verbündete wie Israel in die Schranken gewiesen werden, als wenn Washington tatenlos zusieht oder sogar mehr oder weniger deutlich Zustimmung signalisiert. Unkritische Solidarität mit Israel gegenüber dem Iran könnte den ohnehin prekären Frieden im Nahen Osten weiter destabilisieren. Auch der dramatisch angestiegene Einfluss der aufstrebenden Mächte, insbesondere in Asien, die Umweltbedrohungen, die Probleme von nuklearer Weiterverbreitung, die Arabellion, die Finanz- und Wirtschaftskrise der USA und nicht zuletzt auch die Beziehungen zu den Verbündeten bedürfen deshalb einer weit aus realistischeren Analyse und erfordern subtilere Schlussfolgerungen, als sie Romney bislang vorlegen kann.

Gefährliche Vereinfachung

Sein außenpolitisches Programm bleibt vorerst zu holzschnittartig und zu sehr auf eine innenpolitische Gemütslage abgestellt, die – nach krisengeschüttelten Jahren in Innen- und Außenpolitik – eine Sehnsucht nach kraftvoller Führung erkennen lässt. Romney bedient diese, um zu zeigen, dass er und nicht Barack Obama am besten geeignet ist, sowohl das amerikanische Selbstbewusstsein als auch Amerikas führende Rolle in der Welt als Ordnungsmacht wiederzubeleben. Kann diese Rechnung aufgehen? Kommt diese Attitüde beim amerikanischen Volk an?

Romney glaubt an schnelle Lösungen, die aus einer Position der Stärke den anderen aufgezwungen werden können. Damit könnte er einem Irrtum erliegen,

den Außenminister Dean Acheson zu Beginn des Kalten Krieges den Amerikanern unterstellte: Sie glaubten, dass es für außenpolitische Probleme immer eine Lösung gäbe, so wie Aspirin die Kopfschmerzen vertreibe. Doch nicht in der derzeitigen krisengeschüttelten Weltlage und schon gar nicht im Nahen Osten sollten die USA Aspirin-Lösungen propagieren. Vielmehr sollten sie auf Ausgleich und Entschärfung der Konflikte bedacht sein und sich dabei – wie Acheson – auf lange Zeiträume einstellen, in denen keine Hauruck-Politik, sondern Ausdauer, kluges Abwarten und zähes Ringen um eigene Vorteile vonnöten sind.

Das Geheimnis dieser Mischung aus *soft* und *hard power*, aus der dann *smart power* entstehen kann, haben die Republikaner, allen voran Mitt Romney, noch nicht entdeckt oder gar für ihr außenpolitisches Programm nutzbar gemacht. Zwar stimmen Romney und Obama in der außenpolitischen Zielsetzung, Wiederherstellung von Ansehen und Führung in der Welt, überein, aber in der Wahl der Mittel und in der Zeitperspektive unterscheiden sie sich. Obama weiß um die prekäre Weltlage und setzt deshalb auf eine kooperative Diplomatie, um Zeit zu gewinnen, Freunde zu bestätigen und Widersacher zu einem späteren Zeitpunkt aus günstigerer Position derweil in Schach halten zu können.

„It’s still about the economy ...“

Doch den Durchschnittsamerikaner interessiert die Außenpolitik im Wahlkampf wenig. „Es ist noch immer die Wirtschaft, und wir sind keine Dummköpfe!“, läutet deshalb Mitt Romney die entscheidende Phase des Wahlkampfes ein. Und hier könnte er gegenüber Obama in den kommenden Monaten entscheidend an Boden gewinnen. Suggestiv stellt Romney deshalb heute geschickt die entscheidende Frage: Ist die amerikanische Nation heute besser dran als vor vier Jahren? Verdie-

nen die Amerikaner heute mehr? Bezahlen sie an der Zapfsäule weniger? Damit trifft er den Nerv der Wähler. Wenn die meisten Amerikaner auf diese Fragen im November mit Nein antworten werden, dann gerät Obamas Wiederwahl in Gefahr.

Doch ist es längst noch nicht entschieden, ob Romneys Vision von Wachstum und Wohlstand ankommt, in der „freie Bürger auf ihrem ureigensten Weg nach Glück streben und in freien Unternehmen Lohn und Brot finden“. Deshalb erinnert Präsident Obama nicht nur an die Leistungen und Versäumnisse seiner Präsidentschaft, sondern besonders an das schwere Erbe, das er im Januar 2009 angetreten hatte. Er sucht deshalb bei den Republikanern die Hauptverantwortung für die derzeitige prekäre Wirtschaftslage festzumachen. Doch hat er damit Erfolg?

Vielmehr kann man sich angesichts der eindrucksvollen Aufholjagd von Mitt Romney nicht des Eindrucks erwehren, dass im weißen Amerika eine Stimmung zunehmend um sich greift, die unausgesprochen in der Luft liegt, die das politische Klima immer stärker beeinflusst und die man überspitzt so umschreiben könnte: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Barack Obama war auch für viele weiße Wähler vor vier Jahren wählbar, weil der Zusammenbruch Amerikas nach einer desaströsen Präsidentschaft Bush keine andere Option zuließ. Heute, vier Jahre nach Ausbruch der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, verblasst diese Erinnerung. Durch eine geschickte Wahlkampfstrategie der Republikaner wird dieser Eindruck gefördert. Vielmehr gilt es, nun die wirtschaftspolitischen Probleme zu aktualisieren und dem Präsidenten anzulasten. Kann diese Rechnung aufgehen?

Jüngste Meinungsumfragen bestätigen einen Trend, der die Chancen des republikanischen Kandidaten Romney in

zunehmend günstigem Licht erscheinen lässt, während der schwarze Präsident Obama die geradezu illusionären Erwartungen nicht erfüllen konnte. In diesem Sinne lässt sich folgende Aussage von Mitt Romney interpretieren: „Die vergangenen Jahre waren das Beste, was Barack Obama tun konnte. Aber sie waren nicht das Beste, was Amerika tun konnte.“ Romney möchte damit suggerieren, dass die Amerikaner mehr hätten leisten können als ihr Präsident. Doch kommen dabei Zweifel auf.

Richtig ist, dass vier Jahre nach dem Finanzcrash die Wirtschaft noch immer nicht auf Touren kommt, dass die Wachstumsraten unbefriedigend bleiben und dass die Staatsschulden der USA höher als die Gesamtschulden der Eurozone zu veranschlagen sind. Doch Präsident Obama bemühte sich nach Kräften, die USA innen- und außenpolitisch wieder in Form zu bringen. Aber nicht alle, am wenigsten die Republikaner, unterstützten ihn dabei – im Gegenteil, sie verfolgten eine Strategie der Obstruktion, um Obamas Bemühungen um Reform von Anfang an zu durchkreuzen, selbst um den Preis, dass das Land dabei am meisten würde leiden müssen.

Reformen dringend vonnöten

So bleibt abzuwarten, ob sich der amerikanische Wähler im November daran erinnern wird, dass mehr als nur die ökonomische Bilanz der letzten vier Jahre in seine Wahlentscheidung einfließen sollte. Egal, wer 2013 im Weißen Haus residiert, er wird nicht umhinkönnen, drei Reformen anzugehen: Das Gesundheits- und Sozialsystem muss reformiert, die Streitkräfte müssen verschlankt und das Steuersystem muss verändert werden.

Im November stimmen deshalb die Amerikaner darüber ab, ob sie die Augen vor den unangenehmen Realitäten weiter verschließen oder ob sie den Weg der notwendigen Erneuerung gehen wollen.